

Eurelectric – industriAll European Trade Union – EPSU Gemeinsame Erklärung zum gerechter Strukturwandel

1. Die Energiewende ist im Gange - unser Engagement

Um Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, müssen wir unsere Wirtschaft und unsere Lebensweise auf eine sozial nachhaltige und verträgliche Weise umgestalten. Der europäische Elektrizitätssektor und seine Beschäftigten sind Schlüsselakteure bei der Verwirklichung dieses Ziels, während sich der Sektor gleichzeitig in einem tiefgreifenden Wandel befindet. Die in den kommenden Monaten zu treffenden Entscheidungen werden das Profil des Elektrizitätssektors für die nächsten Jahre und für viele Jahrzehnte bestimmen. Die Sozialpartner des Elektrizitätssektors sind fest entschlossen, den Wandel zu bewältigen und hochwertige Beschäftigungsbedingungen im Elektrizitätssektor zu gewährleisten.

Diese Erklärung soll das starke Engagement der europäischen Sozialpartner im Elektrizitätssektor für die Grundsätze bekräftigen, die sie in ihrer Erklärung zum gerechten Strukturwandel im Jahr 2017 festgelegt haben. Angesichts der Coronavirus-Pandemie und des europäischen Green Deals, die die Energiewende beschleunigen, ist es nun an der Zeit, nicht mehr nur über den gerechten Strukturwandel zu reden, sondern die Grundsätze in die Praxis umzusetzen, um den sozial und ökologisch nachhaltigen Strukturwandel der europäischen Regionen und der in diesem Sektor tätigen Frauen und Männer zu gewährleisten.

Die europäischen Sozialpartner unterstützen die Ziele des Europäischen Green Deals und das Ziel der Klimaneutralität zur Mitte des Jahrhunderts vollumfassend.

Um Europa auf den Weg zu diesem ehrgeizigen Ziel der Klimaneutralität zu bringen, hat sich die EU darauf geeinigt, ihr Ziel für die Netto-Treibhausgasemissionen (THG) bis 2030 auf -55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu verschärfen. Das aktualisierte Ziel wird mit der Überarbeitung wichtiger Energie- und Klimagesetze einhergehen, die im Rahmen des Fit-for-55-Pakets veröffentlicht werden.

Die Herausforderungen sind enorm. Um das Ziel von -55 % der Treibhausgasemissionen bis 2030 zu erreichen, sind konsequentere Anstrengungen der EU erforderlich. Das bedeutet auch, dass sich nach den Szenarien der Europäischen Kommission die Endnachfrage nach Elektrizität bis 2050 mehr als verdoppeln wird, was auf die Elektrifizierung des Verkehrs-, Gebäude- und Industriesektors zurückzuführen ist, während die Dekarbonisierung des Sektors und die Integration dezentraler erneuerbarer Energiequellen beschleunigt wird. Dies bedeutet auch, dass, wie die jüngsten IPCC-Berichte zeigen, keine der verfügbaren und für die Erreichung der EU-Ziele für 2030 und 2050 unverzichtbaren nachhaltigen Energietechnologien ignoriert werden darf. Den vorhandenen, kosteneffizienten und kohlenstofffreien Technologien sollte Vorrang eingeräumt werden, um die Elektrifizierung zu unterstützen. Für weniger ausgereifte Technologien, die in den kommenden Jahrzehnten zum Einsatz kommen könnten, muss eine Unterstützung im Bereich Forschung und Entwicklung vorgesehen werden. Jedes europäische Land muss den größtmöglichen Ehrgeiz an den

Tag legen, um die EU-Ziele für 2030 und 2050 zu erreichen, wobei die unterschiedlichen Energiemixe in Europa zu berücksichtigen sind und der gerechte Strukturwandel im Vordergrund stehen muss.

Um das Ziel einer Treibhausgasreduzierung von 55 % zu erreichen, muss die Elektrifizierung bis 2030 einen Anteil von 35 % erreichen, während die derzeitigen Trends für 2030 eine Rate von weniger als 25 % erwarten lassen.

Daher sind die Festlegung einer europäischen Strategie für den Elektrizitätssektor und die Schaffung eines kohärenten Rechtsrahmens von wesentlicher Bedeutung, auch in Anbetracht der Tatsache, dass einige Unternehmen des Elektrizitätssektors eine wesentlich öffentliche Dienstleistung erbringen.

Die COVID-19-Pandemie und die daraus resultierende Wirtschaftskrise beschleunigen tiefgreifende strukturelle Veränderungen in unseren Volkswirtschaften und insbesondere im Elektrizitätssektor. Sie wirken sich auf Trends aus, die im Energiesektor bereits im Gange sind, wie die Dekarbonisierung, Digitalisierung und Modernisierung, die Veränderung des Strommixes und die stark wachsende Stromnachfrage.

Die Digitalisierung und die Fortschritte in der Materialwissenschaft haben die Energiewirtschaft verändert und machen erneuerbare Energiequellen zunehmend wettbewerbsfähig. Erneuerbare Energien, kohlenstoffarme Stromversorgungslösungen, Speichersysteme, digitalisierte und widerstandsfähige Netze, intelligente und datengesteuerte Systeme und ein höherer Anteil von Strom am Endenergieverbrauch in der EU sind der Schlüssel, um die Ziele der Energiewende zu erreichen. Um die kontinuierliche Entwicklung sauberer Energietechnologien zu ermöglichen, muss auch der zusätzliche Bedarf an natürlichen Ressourcen, d. h. an Mineralien, und die ausreichende Versorgung mit Chips für alle Arten von Anwendungen in Europa gesichert werden.

Da der Stromverbrauch in Europa in den nächsten zehn Jahren erheblich ansteigen wird, müssen Technologien eingesetzt werden, um neue Produktionsmittel zu finden: Viele Branchen setzen darauf, dass die Elektrizitätsunternehmen den Wandel anführen.

Darüber hinaus muss der Elektrizitätssektor durch die Entwicklung einer klimaresistenten Energieinfrastruktur auf aktuelle und künftige Herausforderungen wie Wasserknappheit, Dürren und andere extreme Wetterereignisse vorbereitet werden. Dies erfordert Investitionen und klare europäische und nationale Leitlinien.

2. Die europäischen Sozialpartner des Elektrizitätssektors erinnern an die in der Gemeinsamen Erklärung von 2017 zum gerechten und sauberen Strukturwandel enthaltenen Grundsätze und bestätigen diese

Vier Jahre nach der letzten gemeinsamen Erklärung halten es die Sozialpartner des Elektrizitätssektors für unerlässlich, die Grundsätze des gerechten und sauberen Strukturwandels in Erinnerung zu rufen und zu bekräftigen, damit sie zu einer Referenz für institutionelle Maßnahmen, für Wirtschaftsakteure und Sozialpartner werden.

Der gerechte Energiewandel muss zum Wirtschaftswachstum und zur Erhaltung und Schaffung nachhaltiger und hochwertiger Arbeitsplätze in Europa beitragen. Eine starke soziale Dimension und ein sozialer Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, aber auch die Einbeziehung der

Sozialpartner in die Strategiefestlegung der nationalen und regionalen Regierungen sind Schlüsselemente, um sicherzustellen, dass keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer und keine Region zurückgelassen wird.

Wir begrüßen die große Aufmerksamkeit, die die EU-Institutionen und viele Interessenvertreter dem Konzept des gerechten Strukturwandels widmen. Da dieses Konzept jedoch unterschiedlich definiert wird, halten wir es für notwendig, die in den IAO-Leitlinien für einen gerechten Strukturwandel definierten globalen Leitprinzipien zu bekräftigen. Dazu gehören:

- ein starker sozialer Konsens über das Ziel und die Wege zur Nachhaltigkeit, wobei der soziale Dialog integraler Bestandteil des institutionellen Rahmens für die Politikgestaltung und -umsetzung auf allen Ebenen ist;
- eine Politik, die die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit achtet, fördert und verwirklicht;
- Politiken und Programme, die der starken geschlechtsspezifischen Dimension der ökologischen Herausforderungen und Chancen Rechnung tragen und gerechte Ergebnisse fördern;
- kohärente Politiken in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Soziales, Bildung/Ausbildung und Arbeit, die ein günstiges Umfeld für Unternehmen, Arbeitnehmer*innen, Investoren und Verbraucher*innen schaffen, damit diese den Strukturwandel zu ökologisch nachhaltigen und integrativen Volkswirtschaften und Gesellschaften annehmen und vorantreiben;
- ein Rahmen für einen gerechten Strukturwandel, der die Schaffung von mehr guten Arbeitsplätzen fördert, einschließlich der Antizipation der Auswirkungen auf die Beschäftigung, eines angemessenen und nachhaltigen sozialen Schutzes bei Arbeitsplatzverlusten und -verlagerungen, der Entwicklung von Qualifikationen und des sozialen Dialogs, einschließlich des Rechts, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Kollektivverhandlungen zu führen;
- Es gibt kein „Einheitsmodell“; Politiken und Programme müssen entsprechend den spezifischen Bedingungen der Länder, einschließlich ihres Entwicklungsstands, ihrer Wirtschaftssektoren und der Art und Größe ihrer Unternehmen, konzipiert werden;
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Ländern.

Wir wissen, dass Worte allein nicht ausreichen: Ein gerechter Strukturwandel bedeutet nichts, wenn er nicht in der Praxis umgesetzt wird. Die europäischen Sozialpartner im Elektrizitätssektor und ihre nationalen Mitgliedsorganisationen haben sich verpflichtet, die Energiewende durch einen umfassenden sozialen Dialog, die Antizipation des Wandels und Tarifverhandlungen zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebern auf nationaler, sektoraler und betrieblicher Ebene umzusetzen.

3. Ein gerechter Strukturwandel erfordert eine angemessene Finanzierung und verbesserte Genehmigungsverfahren

Der Übergang zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft wird massive öffentliche und private Investitionen erfordern, um die industriellen Produktionsanlagen und die entsprechenden Infrastrukturen anzupassen und einen gerechten Strukturwandel für die Beschäftigten zu gewährleisten.

„Next Generation EU“ (NGEU) und der mehrjährige Finanzrahmen der EU für 2021-27 müssen als massiver Anreiz wirken, um die Bemühungen um die Dekarbonisierung der EU-Industrie zu unterstützen. Wir begrüßen die Einrichtung des Fonds für den gerechten Übergang als wichtiges Instrument zur Unterstützung der Regionen, die am stärksten vom Strukturwandel betroffen sind, auch wenn die Höhe der Mittel nicht in vollem Umfang der Herausforderung des Strukturwandels in viele Regionen entspricht. Um die größte Wirkung für die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU zu erzielen, sollten die Mittel für den Energiesektor auf nachhaltige, kohlenstofffreie und kosteneffiziente Technologien mit einer starken europäischen Lieferkette ausgerichtet werden.

Wir betonen außerdem die Notwendigkeit einer öffentlichen Planung sowie der Einbeziehung der Sozialpartner, wenn es um die Beseitigung von Hindernissen geht, um so Investitionen zu mobilisieren und den Ausbau von Anlagen für erneuerbare Energien, von Speichersystemen und Netzen weiter zu erleichtern und zu beschleunigen. Dank NGEU und des mehrjährigen Finanzrahmens der EU für 2021-27 ist der Mangel an finanziellen Mitteln nicht das entscheidende Problem.

Im Rahmen einer kohärenten politischen Planung auf nationaler Ebene ist die Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für neue Kapazitäten von entscheidender Bedeutung für die Programme zum Kohleausstieg und die rechtzeitige Deckung der wachsenden Nachfrage. Um die für 2030 gesteckten Ziele zu erreichen, sind mehr erneuerbare Energien, kohlenstoffarmer Strom in Kombination mit Ersatzstromkapazitäten und Lösungen zur Ermöglichung des Übergangs erforderlich. Verzögerungen bei der Durchführung der Genehmigungsverfahren auf nationaler und lokaler Ebene werden zu einem konkreten Hindernis für einen rechtzeitigen Aufbau dieser Kapazitäten. Die Parteien verpflichten sich gemeinsam, auf die zuständigen Institutionen einzuwirken, damit diese Hindernisse überwunden werden.

Darüber hinaus betonen wir die wichtige Rolle, die der öffentliche Sektor bei der Gewährleistung eines gerechten Strukturwandels bereits spielt, sei es durch eine gute Regulierung, öffentliche Dienstleistungen, die Unterstützung von Arbeitnehmer*innen in Regionen im Wandel, die Finanzierung von Grundlagenforschung an Universitäten oder, in jüngster Zeit, die Abfederung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Wirtschaft. Diese Rolle muss aufrechterhalten und gestärkt werden, insbesondere durch ein geplantes öffentliches Management, damit der gerechte Strukturwandel gelingt.

Um die Rolle tatsächlich zu stärken, muss die Elektrizität als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betrachtet werden. Die nationalen Regulierungsbehörden sollten die EU-Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung dieses Konzepts umsetzen. Darüber hinaus müssen die EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen öffentliche Investitionen ermöglichen, die eine nachhaltige Entwicklung, hochwertige Arbeitsplätze, einen nachhaltigen Zugang zu Energie in ausreichender Menge und zu einem sozialverträglichen Preis sowie einen gerechten Strukturwandel fördern. Vor allem sollten die Regeln für staatliche Beihilfen den öffentlichen Behörden genügend Flexibilität geben, um wirksame klimaneutrale Industriestrategien zu entwickeln.

4. Ein gerechter Strukturwandel braucht eine kohärente Sozialpolitik, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird

Während die EU-Analyse verschiedener Übergangsszenarien darauf hindeutet, dass der Nettoeffekt der Energiewende insgesamt bis 2030 zunehmend positiv sein wird, sowohl in Bezug auf die

Industrieproduktion als auch auf die Beschäftigung in der Europäischen Union, besteht die Gefahr, dass der Strukturwandel die Kluft zwischen den europäischen Regionen vergrößert. Regionen, die von konventionellen Energiesystemen, Infrastrukturen und Industriestrukturen abhängig sind, werden negativ betroffen sein, sollte kein Rahmen für einen gerechten Strukturwandel geschaffen werden, der die potenziell nachteiligen Auswirkungen des Strukturwandels abmildert und ihre langfristige nachhaltige Entwicklung unterstützt.

Die europäischen Sozialpartner fordern daher eine Politik, die einen europäischen Green Deal vorsieht, der auf Ambitionen für einen gleichermaßen grünen, digitalen und sozialen Übergang basiert und Folgendes umfasst:

- das Bestreben, qualitative Arbeitsplätze in den Regionen Europas zu erhalten und zu schaffen, indem hochwertige Investitionen unterstützt werden;
- gut finanzierte aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Erleichterung der Transformation;
- umfassende Industriestrategien auf regionaler Ebene als Schlüssel zur Gestaltung der Märkte, zur Förderung einer effektiven Umstellung der Wertschöpfungskette und zur Gewährleistung der wirtschaftlichen und industriellen Diversifizierung in den europäischen Regionen;
- Umschulung und Weiterbildung, um zu verhindern, dass die Qualifikationen der Arbeitnehmer*innen durch Veränderungen und Umsetzungsprogramme beeinträchtigt werden;
- angemessene Sozialschutzsysteme, um Arbeitnehmer*innen aufzufangen, die Opfer des Wandels zu werden drohen;
- einen wirksamen und starken sozialen Dialog auf europäischer, nationaler, sektoraler und betrieblicher Ebene, um den Strukturwandel auf sozial gerechte Weise zu antizipieren und zu bewältigen.

Tarifverhandlungen werden in dieser Hinsicht ein entscheidendes Instrument und die Unterstützung für starke und weitreichende Tarifverträge wird für bestehende und neu geschaffene Arbeitsplätze von wesentlicher Bedeutung sein.

Schließlich sollte der EU-Besitzstand im Bereich gerechter Strukturwandel darauf abzielen, die regressiven Verteilungswirkungen des Energiewandels anzugehen. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf einkommensschwache Haushalte und Arbeitnehmer*innen in den sich im Wandel befindlichen Sektoren gelegt werden, um sicherzustellen, dass alle EU-Bürger*innen Zugang zu bezahlbarer Energie haben. Europäische und regionale Maßnahmen für einen gerechten Strukturwandel müssen die Sozialpolitik ergänzen, wenn es darum geht, Energie- und Brennstoffarmut sowie ein Sinken der Kaufkraft und der Lebensqualität zu bekämpfen. Er sollte auch mit den Anforderungen eines öffentlichen Dienstes vereinbar sein, der mit einer Universaldienstverpflichtung betraut werden könnte und zugänglichere Tarife, Kontinuität des Dienstes und Gleichbehandlung bietet. Das Recht auf Zugang zu Energie ist in der Europäischen Säule sozialer Rechte anerkannt.

5. Die Energiewende braucht hochqualifizierte und kompetente Arbeitskräfte

Der Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft wird unweigerlich zu Veränderungen in den Sektoren und Berufen und damit auch bei den Fertigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten führen. Er wird in bestimmten Sektoren zu Arbeitsplatzverlusten führen, da kohlenstoff- und ressourcenintensive Industrien verkleinert werden. Bei richtiger Vorgehensweise kann dies durch neue

Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeglichen werden, sofern die EU erneuerbare Energien, kohlenstoffarme Lösungen und die Energiewende sowie eine starke europäische Energieversorgungskette unterstützt. Der Übergang wird unweigerlich neue Qualifikationen erfordern. Dies gilt sowohl für Neueinsteiger auf dem Arbeitsmarkt als auch für die derzeitigen Arbeitskräfte im Elektrizitätssektor. Erforderlich ist deshalb eine konsequente Antizipation des Qualifikationsbedarfs und ein Engagement für Schulungen sowie Aus- und Weiterbildungsprogramme seitens der Arbeitgeber und des Bildungssektors in Partnerschaft mit dem industriellen Ökosystem. Die europäischen Sozialpartner im Elektrizitätssektor haben sich in jüngsten Projekten dafür eingesetzt, den Qualifikationsbedarf im Zusammenhang mit der Energiewende zu antizipieren und die nationalen Sozialpartner und die Bildungsbehörden mit dem Ziel zusammenzubringen, Qualifikationswissen aufzubauen.

Die Sozialpartner im Elektrizitätssektor blicken mit Interesse auf die Initiativen der Kommission im Bereich der Qualifikationen, wie den „Pact for Skills“, und fordern ihre Mitglieder auf, die Möglichkeiten zu nutzen, die die Fonds und Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene bieten. Dies könnte eine gute Gelegenheit sein, die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern zu verstärken und öffentliche und private Investitionen im gesamten industriellen Ökosystem und im Bereich der Kompetenzen zu fördern.

Es ist ebenso wichtig, unsere Mitglieder, öffentliche Einrichtungen, Universitäten, Forschung und Innovation, Anbieter und Start-ups einzubeziehen, um eine Kompetenzkultur zu fördern und Innovationen zu unterstützen. Spezielle Kurse, die in Zusammenarbeit mit akademischen Partnern durchgeführt werden, würden zur Entwicklung von technischen, sozialen und Führungsfähigkeiten beitragen.

Die europäischen Sozialpartner des Elektrizitätssektors betonen auch, wie wichtig es ist, allen Arbeitnehmer*innen des Sektors Zugang zu Schulungen und lebenslangem Lernen zu garantieren. Sie sind fest entschlossen, dies vor Ort durch Vereinbarungen auf angemessener Ebene, d. h. auf nationaler, sektoraler oder betrieblicher Ebene, umzusetzen.

6. Ein gerechter Strukturwandel erfordert Tarifverhandlungen und die volle Einbeziehung der Sozialpartner

Die europäischen Sozialpartner des Elektrizitätssektors engagieren sich in vollem Umfang für den sozialen Dialog und die Antizipation des Wandels. In unserem Sektor gibt es bereits bewährte Verfahren, und dies nicht nur bei großen Versorgungsunternehmen. Unsere Erfahrung zeigt, dass ein wirksamer sozialer Dialog und Tarifverhandlungen unerlässlich sind, um störende Auswirkungen zu vermeiden oder abzufedern, und dass dies auch der beste Weg ist, um die Chancen zu nutzen, die sich aus dem gerechten Strukturwandel im Energiesektor ergeben können.

Unsere Unternehmen haben den Ehrgeiz, sich aktiv an der Ausbildung, Qualifizierung und Umschulung von Arbeitnehmer*innen zu beteiligen, die von der Stilllegung von Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen betroffen sind. Gleichzeitig müssen die Investitionen in den Erwerb und die Entwicklung der Kompetenzen, die zur Unterstützung der Digitalisierung, der neuen Technologien und der neuen Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Kundenanforderungen erforderlich sind, weiter verstärkt

werden. Im Hinblick auf Nachhaltigkeit verpflichten sich die Unternehmen auch, ihre Zulieferer auf neue Aktivitäten auszurichten und die Entwicklung der vom Strukturwandel am stärksten betroffenen Gebiete zu fördern. Wenn es um Projekte geht, die in den sich im Wandel befindlichen Regionen geplant sind, spielt der öffentliche Sektor eine wichtige Rolle bei der Festlegung der Gebiete, die für den Bau von Anlagen für erneuerbare Energien in Frage kommen. Dabei sind insbesondere die lokalen Bedürfnisse in den Regionen zu berücksichtigen, die vom Übergang besonders betroffen sind oder sein werden.

Tarifverhandlungen auf nationaler, sektoraler und/oder betrieblicher Ebene sind in der Tat das beste Instrument, um den Strukturwandel für die Beschäftigten anzugehen und zu gestalten, einschließlich Ausbildung, der Umschulung von Arbeitnehmer*innen, der Umgruppierung und Vermittlung von Arbeitsplätzen innerhalb des Sektors oder eines Unternehmens sowie der Festlegung von Vorruhestandsregelungen und Abfindungspaketen, wenn Entlassungen nicht vermieden werden können. Noch wichtiger ist, dass Tarifverträge für alle im Elektrizitätssektor tätigen Unternehmen ein entscheidendes Instrument sind, um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards sowie die Gleichstellung aller Beschäftigten in diesem Sektor zu gewährleisten.

Die europäischen Sozialpartner im Elektrizitätssektor verpflichten sich, Tarifverhandlungen innerhalb ihrer Mitgliedschaft zu fördern, um zu gewährleisten, dass neu geschaffene Arbeitsplätze durch Tarifverträge abgedeckt sind, die eine qualitativ hochwertige Beschäftigung und ein attraktives Arbeitsumfeld sicherstellen.

Gleichzeitig ist auch das Engagement für gemeinsame Lösungen mit Institutionen, Sozialpartnern und anderen relevanten Interessenvertretern von entscheidender Bedeutung, und zwar nicht nur im engen Rahmen des Elektrizitätssektors, sondern in der gesamten Elektrizitätswertschöpfungskette.

Um das Produktionssystem an neue Tätigkeitsbereiche anzupassen, Möglichkeiten für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und den Schutz durch Tarifverträge zu gewährleisten, ist es unerlässlich, die Vorschläge, Fragen, Bedenken und auch den Widerstand der lokalen Gemeinschaften gegen Investitionen in neue für die Umsetzung der Energiewende erforderlichen Stromerzeugungsanlagen im Rahmen einer demokratischen Bürgerdebatte zu berücksichtigen, gleiches gilt für die Notwendigkeit der Planbarkeit in Bezug auf Investitionen. Die Sozialpartner des Elektrizitätssektors wollen dazu beitragen, das Bewusstsein für die Risiken und Chancen der Energiewende zu schärfen und die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu lenken, die von der Europäischen Union zur Verfügung gestellten Ressourcen gut zu nutzen, um diese wirklich einzigartige Gelegenheit für einen gerechten, sauberen und nachhaltigen Strukturwandel zu ergreifen.

Als Sozialpartner im Elektrizitätssektor setzen wir uns für einen umfassenden sozialen Dialog auf europäischer, nationaler, regionaler, sektoraler und betrieblicher Ebene ein, einschließlich der Europäischen Betriebsräte als integraler Teil der Übergangsstrategien.

Wir begrüßen die Tatsache, dass das Partnerschaftsprinzip in der Verordnung über den Fonds für einen gerechten Übergang verankert ist. Wir sind jedoch sehr besorgt darüber, wie es in den verschiedenen Ländern und Regionen angewandt wird. Wir erwarten und werden uns aktiv dafür einsetzen, dass die Sozialpartner mit am Tisch sitzen und aktiv an der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung der Übergangsstrategien beteiligt werden, einschließlich der territorialen Pläne für den gerechten

Übergang, die Voraussetzung für den Zugang zu Finanzmitteln aus dem Fonds für gerechten Übergang sind.

Wir sind uns der Grenzen des sozialen Dialogs und der Gefahr bewusst, dass der Strukturwandel zu Gewinnern und Verlierern auf Seiten der Arbeitnehmer*innen und der Regionen führen könnte. Daher fordern wir eine starke und kohärente Politik auf europäischer und nationaler Ebene, die den Schutz der Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt gewährleistet.

Die jüngste Gesundheitskrise führt zu einem Überdenken der gegenseitigen Rolle und Verantwortung von öffentlichen und privaten Einrichtungen, und es sollte auch darüber nachgedacht werden (zumindest wünschen wir uns dies), wie die Energiewende erreicht werden kann.

7. Die europäischen Sozialpartner fordern von den EU-Institutionen und Mitgliedstaaten:

- **einen kohärenten und konkreten Rahmen für den gerechten Strukturwandel**, der alle möglichen politischen Instrumente auf EU-Ebene zusammenführt, um die Arbeitnehmer*innen bei der Energiewende zu unterstützen.
- **eine europäische Beobachtungsstelle für den gerechten Strukturwandel** in den verschiedenen Regionen und Sektoren unter Einbindung der Sozialpartner, die in der Lage ist, den gerechten Strukturwandel im Hinblick auf die sozialen Auswirkungen und die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen vor Ort zu bewerten.
- **eine europäische Strategie für den Elektrizitätssektor** und den Übergang für seine Beschäftigten sowie die Schaffung eines kohärenten Regulierungsrahmens, in dem der Sektor arbeitet. Diese Strategie sollte bewertet werden und - im Kontext des ökologischen Strukturwandels - gewährleisten, dass die nationalen Energie- und Klimapläne der Mitgliedstaaten mit den Zielen des Green Deals der EU im Einklang stehen und die Sicherheit des europäischen Stromnetzes sowie eine starke soziale Dimension, eingebettet in einen kohärenten Rahmen für einen gerechten Strukturwandel, gewährleisten.
- ein konkretes **Monitoring der europäischen Instrumente und nationalen Pläne** für die verschiedenen Fonds, die zur Unterstützung des Übergangs bereitgestellt werden (Next GenerationEU, Fonds für einen gerechten Übergang, Modernisierungsfonds usw.), um sicherzustellen, dass diese Fonds mit den Zielen eines gerechten Strukturwandels kohärent sind (Erhalt der Beschäftigung, Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, Einbeziehung der Sozialpartner in die Gestaltung der Pläne usw.) und gleichzeitig die mit einem plötzlichen Anstieg der Preise für Energieträger verbundenen Risiken zu mindern.
- **einen europäischen Rahmen für die Antizipation und Bewältigung des Wandels**, der eine Stärkung der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Dialogs vorsieht, eingebettet in den EU-Rahmen für einen gerechten Strukturwandel. Er sollte die aktive Einbeziehung und Beteiligung der Arbeitnehmer*innen bei der Entwicklung nachhaltiger Unternehmensstrategien und entsprechender Investitionsentscheidungen fördern. Er sollte auch gewährleisten, dass Tarifverhandlungen auf allen relevanten Ebenen das bevorzugte und wirksamste Instrument bleiben, um eine umfassende Planung des Übergangs für die Arbeitnehmer*innen sicherzustellen, einschließlich detaillierter Sozialpläne im Falle von Umstrukturierungen.
- die Länder aufzufordern, inklusive Regierungsführung und partizipative Mechanismen, sozialen Dialog und vollständige Transparenz bei der Planung des Übergangs umzusetzen.
- Investitionen und klare europäische und nationale Leitlinien für die **Anpassung der Arbeitsplätze an den Klimawandel**.



- die Beschleunigung neuer Stromerzeugungsprojekte, von der Investitionsentscheidung bis zur endgültigen Umsetzung, unter Wahrung einer demokratischen Debatte, so könnte Europas Elektrizität fünf bis zehn Jahre früher als bisher angenommen kohlenstofffrei sein, was dem Verkehr, der Wärmeerzeugung und der Industrie helfen würde, ihre Dekarbonisierung zu beschleunigen. Der Elektrizitätssektor ist bereit und verpflichtet sich, eine führende Rolle zu spielen und den kohlenstofffreien Strom zu liefern, der für die Verwirklichung der Ziele des Green Deals erforderlich ist und den europäischen Bürger*innen leistbare Energie, technischen Fortschritt und Lebensqualität zu bieten und gleichzeitig die Energiearmut und den Kaufkraftverlust zu bekämpfen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein geeigneter Rahmen von entscheidender Bedeutung (die richtigen Investitionssignale, ein technologieneutraler Ansatz, kürzere Genehmigungsfristen für neue Elektrizitätsprojekte, Vereinbarkeit mit den Erwartungen öffentlicher Dienstleistung usw.), um die Hindernisse zu überwinden und gleichzeitig eine offene und demokratische Debatte auf lokaler und regionaler Ebene zu führen
- Der Strukturwandel, der sich aus der Dekarbonisierung und der Digitalisierung ergibt, erfordert die Entwicklung **neuer Geschäftsmodelle**. Dies bedeutet, dass sich die Berufsbilder ständig ändern und dass den Arbeitnehmer*innen **kontinuierliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen** angeboten werden müssen, um qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten. Gleichzeitig sollten alle Arbeitnehmer*innen ein vertragliches Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen haben, um ihre persönliche Entwicklung voranzutreiben. Ein umfassendes, qualitativ hochwertiges System der beständigen Weiterbildung und des lebenslangen Lernens wird es dem europäischen Elektrizitätssektor ermöglichen, eine Kultur zu schaffen, die die Mobilität der Arbeitnehmer*innen sowohl innerhalb der Unternehmen als auch zwischen Unternehmen, Sektoren und Ländern fördert. Die Übertragbarkeit von Fertigkeiten ist daher von größter Bedeutung und muss durch die angemessene Validierung und Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen, die während der gesamten Laufbahn eines Arbeitnehmers/ einer Arbeitnehmerin erworben wurden, gewährleistet werden.¹
- die Antizipation des Qualifikationsbedarfs und die Qualifizierung von Arbeitnehmer*innen, insbesondere von Berufsanfänger*innen, um eine gut funktionierende Elektrizitätswirtschaft zu gewährleisten und die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer*innen zu sichern.

8. Die europäischen Sozialpartner verpflichten sich:

- zur **Förderung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen auf allen Ebenen**: Die europäischen Sozialpartner im Elektrizitätssektor verpflichten sich, Tarifverhandlungen innerhalb ihrer Mitgliedschaft zu fördern, um eine inklusive Planung des Beschäftigungsübergangs auf der geeigneten Ebene zu gewährleisten und sicherzustellen, dass neu geschaffene Arbeitsplätze durch Tarifverträge abgedeckt sind, die eine hochwertige Beschäftigung und ein attraktives Arbeitsumfeld gewährleisten. Sie unterstützen uneingeschränkt die grundlegenden Arbeitnehmerrechte, insbesondere die Vereinigungsfreiheit und den Zugang zu Gewerkschaften.
- Sie erörtern und diskutieren Beispiele **guter Praxis für eine gerechte Energiewende** und deren Entwicklung.

¹ Der Elektrizitätssektor und die künftigen Herausforderungen - Sicherstellung der richtigen Qualifikationen und guter Arbeitsbedingungen für junge Arbeitnehmer. Ein Fahrplan der europäischen Sozialpartner 26.07.18.

- zur **Unterstützung der Antizipation des Qualifikationsbedarfs**. Sie erkennen die Notwendigkeit an, den Arbeitnehmer*innen, insbesondere denjenigen, die neu in den Sektor kommen, eine Höherqualifizierung zukommen zu lassen, um eine gut funktionierende Elektrizitätswirtschaft zu gewährleisten und die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer*innen sicherzustellen.
- **Umschulung und Weiterbildung** durch kontinuierliche berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen mit einer echten, europaweit gültigen Zertifizierung für neue, grüne Jobs **zu unterstützen und zu fördern**. Dies muss auch im Einklang mit dem Übergang zur Digitalisierung stehen. Die Sozialpartner erinnern an ihr diesbezügliches Engagement.²

Angenommen am 15. November 2021

² Ein Aktionsrahmen der Sozialpartner: Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für die Beschäftigten im europäischen Elektrizitätssektor", angenommen von Eurelectric, industriAll European Trade Union und EGÖD im April 2020.